

Antrag

öffentlich

Datum

24.10.2013

Nummer

A0130/13

Absender

Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

07.11.2013

Kurztitel

Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat einen Formulierungsvorschlag zur Ergänzung der Bekanntmachungssatzung um einen Paragraphen vorzulegen, in dem eindeutig und verständlich der Zeitpunkt der Bekanntgabe von Stadtratsbeschlüssen geregelt ist.
2. Folgende Formulierung wird seitens des Antragstellers vorgeschlagen: „Ein Stadtratsbeschluss gilt mit Bestätigung des Protokolls in der Folgesitzung als bekannt gegeben.“
3. Der Stadtrat beschließt nach Einreichung eines Vorschlags über die Varianten und Ergänzungen der Bekanntmachungssatzung.

Es wird um Überweisung in den KRB-Ausschuss gebeten.

Begründung:

Der Stadtrat hat mit der Drucksache 0164/12 am 06.09.2012 eine Neufassung der Bekanntmachungssatzung beschlossen. Der Begriff „Bekanntgabe“ wurde herausgenommen und im Wesentlichen ermöglicht, dass Zeit, Ort und Tagesordnung von Sitzungen nun im Internet bekannt gemacht werden können. Bis dahin war dies umständlich im Amtsblatt notwendig.

Unklar ist geworden, wann nunmehr eine Bekanntgabe von Stadtratsbeschlüssen gegeben ist. Mit der Bekanntgabe läuft die Sechs-Wochen-Frist für ein Bürgerbegehren gem. § 25 Abs. 2 Gemeindeordnung LSA an.

Der Zeitpunkt der Bestätigung des Protokolls, in dem ein Stadtratsbeschluss formuliert ist, erscheint geeignet. Bis dahin sind noch Korrekturmöglichkeiten möglich, redaktionell liegt die gültige Formulierung eines Beschlusses erst im bestätigten Protokoll vor.

Die derzeitige Unsicherheit hinsichtlich des Zeitpunkts der Bekanntgabe war bereits Grund dafür, dass das Bürgerbegehren zum Erhalt der Domlinden verfristet war. Die Umstellung des Bekanntgabezeitpunkts wurde durch die neue Satzung nicht deutlich. Bis dahin war der

Zeitpunkt der Bekanntmachung im Amtsblatt maßgeblich. Dieser Umstand war aufgrund des ersten Bürgerbegehrens (gegen die Ulrichskirche) einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Auch dies zeigt, dass eine eindeutige Regelung dringend erforderlich ist

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender

Josef Fassl
Stadtrat (Tierschutzpartei)